



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2026/0285

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

24.06.2026

Datum

Betreff:

NRW-Infrastrukturgesetz 2025–2036

- Antrag der Ev. Kirche, der Ev. Jugend Leverkusen, des Kinder- und Jugendrings Leverkusen e.V., der Kath. Kirche sowie des BDKJ Leverkusen vom 27.03.2026

Beschlussorgan: Kinder- und Jugendhil- feausschuss	Sitzung vom: 16.04.2026	Niederschrift zur Sitzung KJ/003/2026
Der Antrag soll mit zwei Ergänzungen in die Haushaltsplanberatungen vertagt werden. Die Ergänzungen sind zum einen die Abgabe einer Willenserklärung über einen Sperrvermerk zur Verwendung des Betrages von drei Mio. EURO für den Bereich der OKJA (Offene Kinder- und Jugendarbeit) und zum anderen die Aufforderung an die offenen sowie kommunalen Jugendhäuser, Bedarfslisten zu fertigen und diese kurzfristig der Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Die Vorsitzende, Ratsmitglied Michaela Di Padova (CDU), lässt nunmehr über die Vertagung des Antrags Nr. 2025/0285 in die Haushaltsplanberatungen mit den zuvor genannten Ergänzungen abstimmen. - einstimmig -		

Beschlussorgan: Kinder- und Jugendhil- feausschuss	Sitzung vom: 11.06.2026	Niederschrift zur Sitzung KJ/004/2026
Herr Stadtdirektor Adomat (Dez. IV) erläutert zum Hintergrund und bittet darum, die Anträge direkt an das Landesjugendamt zu stellen. Er erhofft sich von Seiten des Landesjugendamtes auch Zuschüsse für Investitionen erhalten zu können. Dann bestünde die Option, über das Infrastrukturpaket Eigenanteile der einzelnen Antragsstellenden fördern zu können. Derzeit beschäftigt sich der Landtag mit der Frage der möglichen Doppelförderung. Das Land NRW hat größerer Spielräume als die Kommunen selbst. Die Stadt Leverkusen wird die Liste zur geplanten Verteilung der Mittel vorlegen. Es gebe eine 50-30-20 Verteilung: 50 % Bildung/Jugend – 20 % Infrastruktur – 30 % Klima. Auch das Schwimmbad in Bergisch-Neukirchen stehe weiter auf dem Plan.		

Mit der Bitte, die aktuellen Anträge auch direkt an das Landesjugendamt zu richten, besteht die Möglichkeit, mehrere Projekte umsetzen zu können. Herr Stadtdirektor Adomat (Dez. IV) gibt ebenfalls nochmals zu bedenken, dass aus dem Infrastrukturgesetz nur Projekte/Investitionen ab 50.000 € finanziert werden können; kleine Projekte können nicht berücksichtigt werden.

Nach mehreren Wortmeldungen wird nochmals zusammengefasst, dass der Beschluss aus der letzten Sitzung mit dem Sperrvermerk von 3 Mio. Euro für den OKJA (Offene Kinder- und Jugendarbeit) besteht. Somit wird diese Summe zunächst in der Liste der Investitionen als Maßnahme vorgesehen, ohne eine Festlegung, wie diese verteilt wird.

Ratsmitglied Max Haacke (SPD) stellt den Antrag auf Vertagung in den Finanzausschuss.

Die Vorsitzende, Ratsmitglied Michaela Di Padova (CDU), lässt über den Vertagungsantrag des Antrags Nr. 2026/0285 abstimmen.

- einstimmig -